

## GEPLANTE ÄNDERUNG DES LANDESENTWICKLUNGSPROGRAMMS

### **BUND NATURSCHUTZ FORDERT EIN „NEIN“ DER ABGEORDNETEN ZU SÖDERS FRONTALANGRIFF AUF BAYERNS HEIMATLANDSCHAFT UND DEN ALPENPLAN**

Seit Beginn des Jahres beraten das bayerische Kabinett und der Landtag auf Initiative von „Heimatminister“ Markus Söder weitere Erleichterungen von Gewerbegebietsausweisungen und Hotelbauten auf der „grünen Wiese“. Am kommenden Donnerstag wird der bayerische Landtag die Änderungen am Landesentwicklungsprogramm (LEP) abschließend beraten. *„Wenn der Landtag die von der Mehrheitsfraktion eingebrachten Anträge beschließt, wird die bayerische Kulturlandschaft noch stärker als bisher dem ruinösen Wettbewerb der Kommunen um Gewerbeansiedlungen ausgesetzt“*, warnt BUND Naturschutz-Landesvorsitzender Hubert Weiger. Der BUND Naturschutz fordert deshalb von allen Abgeordneten des bayerischen Landtags die klare Ablehnung der Änderung des Landesentwicklungsprogramms, den Schutz des Alpenplans und die Wiederherstellung eines wirksamen Anbindegebots gegen den Flächenfraß.

*„Gegen den geplanten Frontalangriff auf den Alpenschutz mit der Änderung des Alpenplans für eine neue Skischaukel am Riedberger Horn werden wir uns mit allen legalen Mitteln wehren“*, so BN-Landesbeauftragter **Richard Mergner**. Weiter meint er: *„Die Lawine des Flächenfraßes frisst sich täglich weiter in die letzten Reste bayerischer Heimat, daher muss die CSU endlich ihre Nachhaltigkeitsstrategie und den Artikel 141 der Bayerischen Verfassung ernst nehmen. Wir müssen zu einer echten Landesplanung zurückkehren, die mit Kompetenzen ausgestattet ist.“*

**Fachabteilung München**

Pettenkoferstr. 10a/I  
80336 München

Tel. 089/548298-63

Fax 089/548298-18

fa@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, 06. November 2017

PM 031-17/FA

Flächenschutz

Alpen

Umweltpolitik

„Schon jetzt werden beispielsweise im Landkreis Traunstein Gewerbeflächen nicht für den örtlichen Bedarf, sondern aufgrund der günstigen Lage für den Großraum Salzburg angeboten. Durch die Lockerung des Anbindegebotes könnte bayerischen Gemeinden die Ausweisung weiterer Flächen und die Verschandelung der Landschaft erleichtert werden. Zudem drohen Ausbaumaßnahmen an Bundesstraßen, um dann noch mehr Gewerbeflächen ansiedeln zu können“, befürchtet **Beate Rutkowski**, BN-Vorsitzende des BUND Naturschutz Traunstein.

**Für Rückfragen:**

Richard Mergner, BN-Landesbeauftragter, Tel.: 0171 / 6394370

**Fachabteilung München**

Pettenkoferstr. 10a/I  
80336 München

Tel. 089/548298-63

Fax 089/548298-18

fa@bund-naturschutz.de  
www.bund-naturschutz.de

München, 06. November 2017

PM 031-17/FA

Flächenschutz

Alpen

Umweltpolitik